

## Chronik des Tages.

Am heutigen Mittwoch findet in Berlin eine Ministerbesprechung mit den Fraktionsführern über die Reform der Arbeitslosenversicherung statt.

Von den von der Altonaer Polizei Verhafteten wurden am Dienstag 21 nach Berlin gebracht.

Landeshauptmann Dr. Stumpf protestierte bei der Wiedereröffnung des Tiroler Landtags gegen das Friedensdiktat von St. Germain.

Es ist nunmehr gelungen, das in der Lübecker Bucht gesunkene Flugboot „Rohrbach-Roman“ zu bergen. Es wurde in den Flughafen Lübeck-Travemünde eingeschleppt.

In der Ueberlandzentrale Lübeck platzte das Hauptrohr der Dampfleitung. Zwei Personen wurden leicht, eine schwer verletzt. Der Straßenbahnverkehr lag längere Zeit vollständig still.

In Parma fand die feierliche Beisetzung der bei der Benzinerexplosion ums Leben gekommenen statt. Vertreter der Behörden und des Klerus sowie eine große Menschenmenge waren erschienen, um den 26 Unglücklichen die letzte Ehre zu erweisen.

In einer Synagoge in New York gab das Treppengeländer nach und riß Dutzende von Menschen in die Tiefe. 40 Personen wurden leicht, sieben schwer verletzt.

## Reichstag hat das Wort.

Wird er den Entwürfen zur Reform der Arbeitslosenversicherung zustimmen?

Berlin, 18. September 1929.

Der Reichstag, die Vertreterversammlung der deutschen Regierungen, hat seine Beratungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung beendet. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichstag, dem auf Grund der Reichsratsbeschlüsse zwei Gesetzentwürfe vorgelegt worden sind.

Die Aufgabe, die der Reichstag zu lösen hatte und an der sich in den nächsten Wochen der Reichstag versuchen muß, war eine zweifache. Sie lautete: Beseitigung der Mißstände in der Arbeitslosenversicherung und Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durch die Ausgleichung von Einnahmen und Ausgaben. Bisher hat nämlich die Reichsanstalt mehr ausgegeben als vereinnahmt.

Ueber die Beseitigung der Mißstände in der Arbeitslosenversicherung, die niemand leugnet, der mit offenen Augen durchs Leben geht, ist man sich im Reichstag rasch einig geworden; ähnlich wird es sich im Reichstag verhalten. Festig umstritten ist jedoch das Sanierungsprogramm.

Nach den letzten Beschlüssen des Reichsrats soll die Ausgleichung des Haushalts der Arbeitslosenanstalt durch Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen erzielt werden. Der Fehlbetrag betrug insgesamt 139 Millionen Mark, 92 Millionen Mark wurden durch die erste Regierungsvorlage gedeckt. Für den Rest will der Reichstag wie folgt Deckung schaffen: 11 Millionen Mark Ersparnisse durch die Verkürzung der Unterstützungssätze für Arbeitslose ohne unterstützungsberechtigte Angehörige; 6 Millionen Mark Einsparungen durch Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter, 24 Millionen Mark Mehreinnahmen durch die Sondererhöhung der Beitragssätze für Saisonarbeiter und weitere 6 Millionen Mark aus der Auswirkung der Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände.

Zunächst ist eine allgemeine Beitragserhöhung um 1/2 v. H. für alle Arbeitnehmer vorgesehen.

Der Reichstag hat in der Abstimmung das zwischen Preußen und dem Reich getroffene Abkommen gebilligt, er hat ferner auf der einen Seite neue Bestimmungen eingefügt, gegen die die Reichsregierung und die Sozialdemokratische Partei Bedenken hegen, gleichzeitig aber auf der anderen Seite Beitragserhöhungen beschlossen, von denen bisher außer den Deutschen Nationalen und der Wirtschaftspartei auch die Deutsche Volkspartei und die Demokraten nichts wissen wollten.

Die Unzufriedenheit mit den Reichsratsbeschlüssen erstreckt sich infolge dessen über viele Parteien. Wie unter diesen Umständen den Reformentwürfen in ihrer jetzigen Gestalt im Reichstag eine Mehrheit verschafft werden soll, ist nicht zu ersehen. Vorerst ist das Schicksal der Reformbestrebungen in der Arbeitslosenversicherung ebenso ungewiß, wie vor der Beschlussfassung im Reichsrat!

Von sozialdemokratischer Seite liegt bereits eine Neuerung des parteiamtlichen Pressedienstes vor, nach der mit einer Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Reformentwürfen „kaum zu rechnen ist“. In den Kreisen der Volkspartei und der Demokraten verweist man erneut auf die bereits in einem früheren Stadium der Verhandlungen vorgebrachten Bedenken.

Einen Versuch zur Klärung der parlamentarischen Lage will man im Laufe des heutigen Mittwochs unternehmen. Es ist eine Ministerbesprechung mit den Führern der Regierungsparteien vorgesehen, in der die Reichsratsbeschlüsse zur Debatte gestellt werden. Am Donnerstag wird dann der sozialpolitische Ausschuss seine Verhandlungen wieder aufnehmen, und Ende des Monats dürfte schließlich auch die Vollversammlung des Reichstags das letzte Wort sprechen.

Im Interesse der Gesundung unserer Finanzen muß das Problem der Arbeitslosenversicherung jetzt dringlich einer Lösung zugeführt werden. Eine für alle Parteien tragbare Lösung müßte um so leichter erreicht werden können, als die Regelung der umstrittenen Fragen nur als eine bis zum 31. März 1931 gedachte Zwischenlösung erstreckt wird. Auf Voraussetzungen sollte man sich jedoch nicht einlassen, weil gerade in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung mehr als einmal überraschende Wendungen eingetreten sind.

Der Gedanke, den Arbeitnehmer im Wege der Versicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit

ebenfalls zu schützen, wie gegen das Risiko der Krankheit oder der Arbeitsunfähigkeit, ist sicher gut. Daß seine erste Verwirklichung auf Schwierigkeiten gestoßen ist, spricht nicht gegen den Versicherungsgedanken, wohl aber bedingen die bisherigen Erfahrungen die entschiedene Abwehr alles dessen, was einzelnen unbillige Vorteile gewährt, die Gesamtheit der Versicherten aber schädigt.

Die Hauptvorlage über die Reform der Arbeitslosenversicherung wurde vom Reichsrat mit 42 gegen 21 Stimmen genehmigt, nachdem zuvor das Kompromiß Reich-Preußen mit 32 gegen 31 Stimmen angenommen worden war. In der Debatte fiel die Schärfe auf, mit der sich die Reichsräter mehrfach gegen die Regierung wandten. Die Verlegung des Gesetzentwurfs im Reichstagsausschuß vor der Beratung durch den Reichsrat wurde als „unerwünscht“ bezeichnet, weil dadurch den Rechten des Reichsrats Einbruch getan werde.

## Hamtens legt ein Geständnis ab.

Die Attentäter hatten ihn über die Anschläge unterrichtet. — 21 Verhaftete von Altona nach Berlin gebracht.

Berlin, 18. September.

Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat der in der Bombenlegeraffäre verhaftete Landvolkführer Hamtens aus Tettenhüll ein Geständnis dahin abgelegt, daß er von sämtlichen Sprengstoffanschlägen unterrichtet gewesen sei. Der gleichzeitig mit Hamtens verhaftete Wuttmann soll soweit überführt sein, daß er für die meisten Anschläge als Mittäter in Frage kommt.

Das angebliche Geständnis Hamtens wirkt sensationell. Noch gestern hatten die Verteidiger dieses rührigsten Agitators scharfe Proteste gegen die Verhaftung von Hamtens eingelegt, mit der Begründung, Hamtens habe mit den Anschlügen nichts zu tun und es verstoße gegen das Gesetz, einen nicht dringend Verdächtigen seiner Freiheit zu berauben.

Ueber die Persönlichkeit von Hamtens ist zu sagen, daß Hamtens allgemein als einer der führenden agrarrevolutionären Agitatoren galt. Um die von ihm ins Leben gerufene Bewegung zu organisieren hat Hamtens alles im Stich gelassen; sein Bauernhof im Postfeinischen wurde ertraglos. — Im Hohenloher Aufsehensprozeß wurde Hamtens zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

## Die Ankunft der Altonaer in Berlin.

Gestern mittag sind 21 der Attentatsverdächtigen mit dem Fahrplanmäßigen D-Zug aus Hamburg in Berlin eingetroffen. Die Verhafteten waren mit harter Bewachung in einem Sonderwagen untergebracht worden. Auf dem Vehrter Bahnhof hatte sich eine große Anzahl von Kriminalbeamten eingefunden, die sich unter das Bahnsteigpublikum mischten und den Abtransport überwachten. Eine Schupolette sperrte den Waggon ab. Auf der Straße standen 21 Autos bereit. Je ein Verhafteter nahm mit einem Schupo im Kraftwagen Platz. Das Utensilienmaterial über das bisherige Untersuchungsergebnis wurde jedem begleitenden Schupo in einem Briefumschlag mitgegeben.

Obgleich man die Ankunft geheimhalten wollte, wurde der Abtransport mit der Zeit so auffällig, daß sich allmählich eine große Zuschauermenge einfand.

## Die ersten Haftbefehle des Untersuchungsrichters.

Der mit der Untersuchung der Bombenlegeraffäre beauftragte Amtsgerichtsrat Dr. Reulicke-Berlin hat die ersten sieben richterlichen Haftbefehle erlassen.

Die Haftbefehle richteten sich gegen Ernst von Salomon, Blasch, Erich Timm, Herbert Mitteldorf, Robert Fischer, Heinrich Wender und den Generalverwalter Wilcke. Die Angeklagten wurden im Laufe des Dienstags in das Untersuchungsgefängnis Moabit übergeführt.

## Macdonalds Besuch in Amerika.

Das Reiseprogramm. — Einzelheiten aus dem Flottenkompromiß. — U-Boote sollen verboten werden.

Der amtliche britische Funkdienst veröffentlichte eine Erklärung über die Amerikareise des britischen Ministerpräsidenten Macdonald. Danach trifft Macdonald am 4. Oktober in New York ein und begibt sich sogleich nach seiner Ankunft nach Washington, wo er bis zum 7. Oktober bleiben wird. Die Rückreise nach London erfolgt am 25. Oktober. In der Zwischenzeit will Macdonald einige Städte in den Vereinigten Staaten und Kanada besuchen.

Der Zweck des Besuchs Macdonalds im Weißen Hause ist nach dieser Veröffentlichung lediglich der, „Englands guten Willen zu einer Verständigung mit Amerika zu bezeugen“, während die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Flottenfrage erst auf der Häns-Mächte-Konferenz beseitigt werden. Die Eröffnung der Konferenz ist nunmehr entgegen den ersten Meldungen erst für Januar 1930 zu erwarten.

Bezüglich der englisch-amerikanischen Flottenverhandlungen wird betont, daß ein Übereinkommen vom dem Ergebnis der Häns-Mächte-Konferenz abhängt. Hinsichtlich der Restriktionen sei man übereingekommen, daß die englische und amerikanische Tonnage gleich groß sein solle. Wünschenswert wäre ein allgemeines Abkommen, das den Bau von U-Booten — an dem besonders Frankreich Gefallen gefunden hat! — verbietet. Die Meinungsverschiedenheiten in der Kreuzerfrage seien gering. Der Streit gehe nur noch um drei Kreuzer mit 8-Zoll-Geschützen.

Großes Aufsehen erregten in London Meldungen aus Paris, nach denen Frankreich gegen die Einberu-

fung der Flottenkonferenz nach London Einspruch erheben will. Ein Nachgeben Englands in der Frage des Tagungsortes gilt als unwahrscheinlich.

## „Brot die beste Grenzsicherung.“

Außenpolitik auf dem Christlichen Gewerkschaftskongress. — Die Stimme des Saargebietes.

Auf dem 12. Kongress der Christlichen Gewerkschaften in Frankfurt am Main sprach am Dienstag Friedrich Waltrusch über Fragen der Außenpolitik. Waltrusch führte aus, es bestehe kein Zweifel, daß der Youngplan gegenüber dem Dawesplan einen Fortschritt darstelle. Abgesehen von den finanziellen Erleichterungen bringe uns die Haager Konferenz die Rheinlandräumung und die Abschaffung der unerträglichen Kontrollen. Wenn der Reichstag den Youngplan, der schließlich auch nur eine Zwischenlösung darstelle, durchführen wolle, müsse das besetzte Gebiet geräumt und die deutsche Staatshoheit wiederhergestellt werden. Das Saargebiet müsse schließlich zum Reich zurückkehren. Das Ausland müsse im Interesse der Durchführung des Youngplans größere Mengen deutscher Erzeugnisse aufnehmen.

Landessekretär Gillenbrand-Saarbrücken verlas eine Erklärung, in der betont wird, die Entscheidung darüber, daß die Saarbevölkerung deutsch ist und zum Reich zurück will, sei längst gefallen. Durch die schnelle Rückgabe des Saargebietes würde ein von Saarländern zugefügtes Unrecht wieder gutgemacht werden. Das Saargebiet müsse lebensfähig erhalten bleiben. Dabei sei zu bedenken, daß Brot für die bodenkundige Grenzbevölkerung die beste Grenzsicherung sei.

Reichstagsabgeordneter Hülse behandelte sozialpolitische Fragen. Er betonte, die deutsche Sozialpolitik habe sich als kräftiger Impuls für die Entwicklung der schillernden Kräfte ausgewirkt und den Inlandmarkt gefestigt. Schmich-Duisburg vom Metallarbeiterverband führte aus, Wirtschafts- und Sozialpolitik müßten einander ergänzen.

## Zurück zum Reich!

Eine Erklärung des Altonaer Bergarbeiterverbandes.

Der Alte Bergarbeiterverband Essen nimmt zur Saarfrage in einer Erklärung Stellung, in der es u. a. heißt, die Saararbeiterschaft habe unter dem französischen Regime die Lasten seit zehn Jahren am drückendsten empfunden und erhoffe demgemäß bei den neuen Regelungen die verdienten Erleichterungen.

In politischer Hinsicht gebe es nur eine Auffassung: Zurück unter die deutsche Staatshoheit und deutsche Gesetzgebung! Aber auch wirtschaftlich könne nur die Rückgliederung an das Reich in Frage kommen. Den Vorschlag französischer Interessenten, die Saargruben einem internationalen Konzern zu übertragen, lehne der Alte Bergarbeiterverband ab; er sehe die einzige und zweckmäßige Regelung nur darin, die Saargruben wieder in deutschen Staatsbesitz zu überführen.

## Landwirtschaft und Youngplan.

Erklärungen Eugenbergs und des Reichsausschusses. — Einberufung des Präsidiums?

Wie verlautet, wird das Präsidium des Reichsausschusses für das Volksbegehren gegen den Youngplan einberufen werden, um sich mit den Zwistigkeiten zu befassen, die durch die Formulierung des Paragraph 4 des dem Volksbegehren zu Grunde zu legenden Gesetzentwurfs entstanden sind.

Der Führer des Reichsausschusses, Geheimrat Eugenbergs, nahm zu dem Thema: „Landwirtschaft und Youngplan“ dahin Stellung, die Ablehnung des Pariser Tributplans könne der Landwirtschaft nur dienlich sein. Eine Damesstrife, die wir herbekommen müßten, sei eine Gefundungsstrife. Der Youngplan sei ein Erzeugnis der Restriktionenpolitik und müsse zu Fall gebracht werden. Rückwirkungen aus der Damesstrife auf Landwirtschaft und Gewerbe könnten verhindert werden.

Der Reichsausschuß für das Volksbegehren veröffentlichte eine Erklärung, nach der die Bestimmungen des Paragraph 4 nicht auf den Reichspräsidenten von Hindenburg angewandt werden könnten.

Graf Westarp, der Vorsitzende der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion, führte in einer Versammlung in Berlin aus, die neue Lage — d. h. die freiwillige Uebernahme von Lasten durch Verträge — lasse es geboten erscheinen, das Volk zur Entscheidung aufzurufen. Der Widerruf der Kriegsschuldfrage sei erforderlich und solle durch das Volksbegehren erzwungen werden.

## Bayerischer Minister gegen Volksbegehren.

Auf einer großen Bauerntagung in Straubing in Niederbayern kennzeichnete Landwirtschaftsminister Dr. Feßler die Stellung des bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes zum Youngplan. Der Youngplan, so erklärte er, stelle einen weiteren Schritt in der Beseitigung des Krieges dar.

Das Volksbegehren sei „noch mehr als ein Unfug, es sei ein Verbrechen“. Eine so bedeutsame Frage könne niemals auf dem Wege des Volksentscheides erledigt werden. Der Bauernbund lehne seine Mitwirkung an diesem Volksbegehren mit aller Entschiedenheit ab. Er werde sich nie und nimmer an einem solchen Katastrophenpolitik beteiligen.